

NACHRICHTEN

KAMBODSCHA



Sihanouk.



Ranariddh.

Einigung von Sihanouk und Hun Sen?

Am 2. und 3. Mai 1989 verhandelten in der indonesischen Hauptstadt Jakarta Prinz Sihanouk und KPNLF-Führer Son San mit dem Phnom Penh Ministerpräsidenten Hun Sen über eine Lösung des Kambodscha-Konfliktes.

Die Nationalversammlung in Phnom Penh hatte wenige Tage zuvor die Verfassung der „Volksrepublik Kamputschea“ (VRK) im Sinne einer ökonomischen und politischen Liberalisierung modifiziert. Die Flagge, Nationalhymne und die Staatsbezeichnung (künftig: Staat Kambodscha) wurden geändert.

Prinz Sihanouk begrüßte in Jakarta die Versöhnungsgeste aus Phnom Penh, er ließ seine bisherige Forderung nach Auflösung der VRK-Administration fallen. Sihanouk kritisierte jedoch die in der Verfassung festgeschriebene „führende Rolle“ der allein regierenden „Revolutionären Volkspartei Kamputschea“. Zu einer Rückkehr in die kambodschanische Hauptstadt erklärte sich der Prinz nur nach der Erfüllung folgender Forderungen bereit:

1. Der vollständige Abzug der vietnamesischen Truppen muß durch einen wirksamen „internationalen Kontrollmechanismus“ überwacht werden. Dessen Zusammensetzung und Kompetenzen sind durch eine „internationale Kambodscha-Konferenz“ und nicht einseitig durch Vietnam festzulegen.

2. Nach dem vietnamesischen Truppenabzug muß eine Übergangsregierung unter Beteiligung aller vier kambodschanischen Parteien gebildet werden. Diese Übergangsregierung hat allgemeine und freie Wahlen vorzubereiten.

Konferenzbeobachtern zufolge soll sich ebenso wie Sihanouk auch Son San für eine „Fusion

der vier Khmer-Gruppierungen und eine schrittweise Integration der drei kambodschanischen Widerstandsorganisationen in den Phnom Penh Regierungsapparat ausgesprochen haben. Vertreter der KPNLF weisen diese Meldung zurück. Sie betonen, Son San habe in Jakarta auf einer Auflösung der VRK-Verwaltung (auf höherer und mittlerer Ebene) bestanden und im Gegensatz zu Sihanouk die Suspendierung, nicht Abänderung, der Phnom Penh Verfassung verlangt.

Hun Sen lehnt eine Vier-Parteien-Übergangsregierung entschieden ab. Er sprach sich vielmehr für die Schaffung eines „Obersten Rates der Nationalen Führer“ aus, dem auch die Vertreter der Khmer Rouge angehören dürfen. Dieser Rat soll unabhängig von der (bisherigen) Phnom Penh Regierung die allgemeinen und freien Wahlen organisieren sowie den Entwurf einer neuen Verfassung vorbereiten.

Eine militärische Rolle der Khmer Rouge im Nachkriegs-Kambodscha wurde vom Phnom Penh Ministerpräsidenten ausgeschlossen. Die Khmer-Rouge-Armee, so Hun Sen, sei vollständig zu ent Waffen, während die zukünftige politische Rolle der Partei Khieu Samphans vom späteren Wahlausgang abhängt.

Ein weiteres Treffen zwischen Sihanouk und Hun Sen wurde für den 24. Juli 1989 in Paris einberufen. Am 25. Juli 1989 soll ein Treffen aller vier kambodschanischen Parteien folgen. Khmer-Rouge-Führer Khieu Samphan hat seine Teilnahme zugesagt.

Beobachter werten die Ergebnisse des Jakarta-Gipfels als psychologischen Durchbruch, auch wenn eine umfassende Einigung noch nicht in Sicht sei. Die effektive Überwachung des vietnamesischen Truppenabzugs (bis Ende September 1989) ist ein zentraler Streitpunkt, zumal thailändische Militärs inzwi-

schen davon ausgehen, daß gegenwärtig 80.000 – 110.000 reguläre vietnamesische Soldaten in Kambodscha stationiert sind und weitere Tausende von vietnamesischen Soldaten in die Armee der Phnom Penh Regierung eingeschleust wurden.

Eine Ausgrenzung der Khmer Rouge von der Regierungsgewalt würde nach Auffassung Sihanouks die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges heraufbeschwören. Der Streit, ob die Viererkoalition oder die Regierung Hun Sen künftig die Staatsgewalt ausüben soll, berührt schließlich die Frage, wie frei, fair und demokratisch freie Wahlen organisiert werden können.

vgl. BP v. 3. u. 5.5.; The Nation v. 28.4. u. 4.5.

Neue Erklärung Vietnams zum Truppenabzug

Vietnam hat am 5.4. 1989 erneut angekündigt, seine Truppen bis zum 30.9. 1989 vollständig aus Kambodscha abzuziehen. Im Gegensatz zu den bisherigen Abzugsankündigungen sind keine ausdrücklichen Vorbedingungen gestellt worden. Zuvor war ein Abzug zum 30.9. 1989 von einer vorherigen politischen Lösung der Kambodscha-Frage abhängig gemacht worden; anderenfalls würden die Truppen erst bis Ende 1990 zurückgezogen.

In der Erklärung vom 5.4. 1989 heißt es: „Der völlige Abzug der vietnamesischen Freiwilligen aus Kamputschea und die Einstellung ausländischer Einmischung sowie jeglicher ausländischer Militärhilfe an alle kamputscheanischen Parteien müssen in Übereinstimmung mit den bereits verabschiedeten Resolutionen und eingegangenen Verpflichtungen bis Ende September 1989 erreicht werden. Vietnam seinerseits wird bis Ende September 1989 alle seine Streitkräfte aus Kamputschea abziehen.“

Im Falle fortlaufender Militärhilfe an die kambodschanischen Parteien wird der Volksrepublik Kamputschea (VRK) das Recht zugebilligt, andere Länder zu Hilfe zu rufen.

Zur Überwachung von Truppenabzug und Einstellung ausländischer Militärhilfe wird die Wiedereinsetzung der Internationalen Kontrollkommission des Genfer Abkommens von 1954 (Indien, Polen, Kanada) vorgeschlagen. Zusätzlich sollten der Vorsitzende des JIM (Jakarta Informal Meeting; Indonesiens Außenminister Alatas) und ein persönlicher Vertreter des UN-

Generalsekretärs beteiligt werden.

Nach Angaben von thailändischen Militärs bereitet Vietnam eine Großoffensive gegen den Widerstand vor. Im April 1989 haben die Truppen Hanois demnach den Versuch unternommen, strategisch wichtige Stützpunkte des Widerstandes in West-Kambodscha einzunehmen. Dabei sei auch thailändisches Territorium von vietnamesischen Granaten getroffen worden. Von einer Vorbereitung auf einen Abzug der vietnamesischen Truppen sei nichts zu bemerken. Im Gegenteil seien im vergangenen Dezember nur 20.000 meist verwundete und behinderte Soldaten statt der angegebenen 50.000 Soldaten nach Vietnam zurückgezogen worden. Ferner sei die Entsendung neuer Truppen und ihre Einordnung in die Armee des Phnom Penh Regimes beobachtet worden. Die thailändischen Militärs bestätigen mit ihrer Erklärung die Aussage des kambodschanischen Widerstandes, wonach Vietnam systematisch Teile seiner Truppen in die VRK-Armee überwechseln läßt. Diese Soldaten trügen die VRK-Uniformen, lernten Khmer und würden ebenso wie die vietnamesischen Siedler schrittweise eine kambodschanische Staatsbürgerschaft erhalten.

vgl. BP v. 7.4. u. 22.4.; DK Press Release 16/89; Khmer Informationen v. Mai; MDA v. 9.5.

Waffen für Sihanouk und Son San

Prinz Norodom Sihanouk teilte auf einer Pressekonferenz Anfang Mai 1989 in Paris mit, daß die USA nur ihm Unterstützung in Form von Waffenlieferungen zu kommen lassen werden. Daran sei nur die eine Bedingung geknüpft, daß er sie nicht gegen die Truppen von Son San einsetze. Es soll sich um 12.000 automatische Gewehre und anderes Gerät im Werte von 7 Millionen US-Dollar handeln. Die Zusage soll der Vorsitzende des Ausschusses für Asien und Pazifik im Repräsentantenhaus, Stephen Solarz, gemacht haben, der während einer Reise durch Südostasien und China Ende April 1989 in Beijing mit Sihanouk zusammengetroffen war. Solarz hatte sich nach Beendigung seiner Reise offen für die Unterstützung der nichtkommunistischen Kräfte von Sihanouk und Son San ausgesprochen. Großbritannien und einige ASEAN-Staaten werden sich laut Sihanouk möglicherweise an der Waffenhilfe beteiligen.

vgl. FEER v. 20.4., S. 11f, v. 25.5., S. 11; NZZ v. 7.5.; IHT v. 4.5.

VIETNAM

NACHRICHTEN

Fürchtet die Parteiführung „Doi Moi“ (Glasnost und Perestrojka)?

Das sechste Plenum des Zentralkomitees der Partei vom 20-29.3. 1989 stimmte einem beschleunigten Reformkurs zu, warnte jedoch vor gefährlichen Veränderungen des politischen Systems. Die Reformbeschlüsse des sechsten Parteikongresses von Ende 1986 sind bisher nur zögernd durchgeführt worden. Die Inflation von 700 % in den vergangenen Jahren konnte in den ersten zwei Monaten 1989, dank der Produktionssteigerung bei Grundnahrungsmitteln und verbesserter Dienstleistungen aufgrund der eingeleiteten Privatisierungen, auf 10 % heruntergedrückt werden.

Der Reformkurs wurde bisher stark durch die Krankheit des Partei-Chefs Nguyen Van Linh behindert. Einigermaßen von einer Operation in der Sowjetunion genesen, kündigte er auf dem Plenum an, auf alle Fälle bis zum siebten Parteikongreß 1991 im Amte zu bleiben. Er besitzt kein Charisma, um die Bevölkerung für Reformen zu motivieren, gilt aber als zuverlässig und ist beliebt.

Reformen innerhalb des Systems sind zulässig. Was darüber hinausgeht, ist verdächtig. Er und die Parteiführung haben offensichtlich panische Angst vor ungarischen oder polnischen Entwicklungen im Lande. Nguyen Van Linh: „Umdenken muß der Kurskorrektur und Bereicherung des Sozialismus und unserer Geschichte dienen und

bedeutet eine kreative Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, nicht aber Abweichung.“ Und an anderer Stelle: „Wir lassen nicht zu, daß jemand Demokratie und Offenheit mißbraucht und die Partei und ihre Führung angreift.“ In einem jüngsten Konflikt mit Schriftstellern, der zur Entlassung von Nguyen Ngoc als Herausgeber der Literaturzeitschrift Van Nghe (Literatur und Kunst) führte (vgl. SOAI 1/89, S. 20), hatte er noch schärfer vor den „Tendenzen einer bürgerlichen Demokratie“ gewarnt: „Demokratie ohne Führung endet im Chaos. Wir müssen dagegen ein tiefgreifendes Verständnis von Demokratie propagieren, so daß das Volk beim Sprechen, Schreiben und Handeln zwischen korrekter Demokratie und Chaos zu unterscheiden versteht.“

vgl. FEER v. 13.4., S. 34; v. 4.5., S. 15

Vietnamesen flüchten nach Hongkong

An drei Tagen im Mai 1989 wurden über 800 vietnamesische Flüchtlinge in Hongkong registriert. Sie kommen über China, haben die chinesische Grenze in Nord-Vietnam überquert und Teile ihrer Flucht mit der Eisenbahn durch China zurückgelegt. In den Sommermonaten Mai-Juli nimmt der Flüchtlingsstrom jedes Jahr zu. Seit Anfang 1989 sind 6.000 Menschen in Hongkong eingetroffen, insgesamt 17.000 seit Juni 1988. Aus der Zeit vor dem Juni 1988 stammen weitere 14.000 Flüchtlinge.

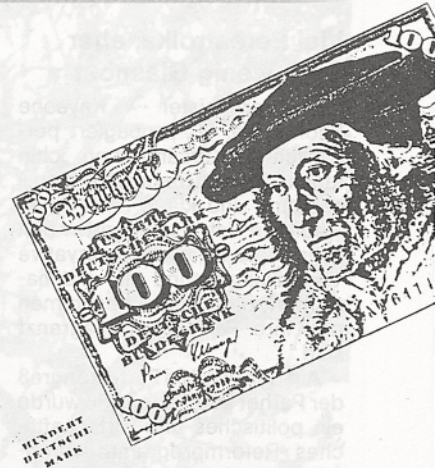
Die meisten werden nicht als Flüchtlinge anerkannt. Von den bisher 1.400 geprüften Fällen wurden nur 136 anerkannt. Hongkongs Gouverneur David Wilson hat den Flüchtlings-Notstand ausgerufen. Er erwägt eine zwangsweise Repatriierung nach China, wovon man aus politischer Rücksichtnahme auf die „Rückkehr“ Hongkongs im Jahre 1997 jedoch zurückschreckt. Vietnam ist nur bereit, freiwillige Rückkehrer wieder aufzunehmen. Das waren bisher weniger als 100 Flüchtlinge.

Man erwartet für die Sommermonate 1989 einen doppelten Flüchtlingsstrom, weil auf der internationalen Flüchtlingskonferenz im Juni 1989 in Genf Druck auf die vietnamesische Regierung ausgeübt werden soll, der Massenflucht entgegenzuwirken. Denn die Ursache liegt in Vietnam, in den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, wodurch die Menschen zur Flucht veranlaßt werden.

vgl. FEER v. 18.5., S. 34; MDA v. 8.5., S. 4

Deutsche Geldgeschäfte mit Vietnam

Seitdem zum 1.1. 1989 das Gesetz für ausländische Investitionen in Kraft getreten ist, das Investitionen mit 100 % Auslandskapital gestattet, Repatriierung von Gewinnen erlaubt und großzügige Steuerbegünstigungen gewährt, hat in kapitalstarken Ländern das Interesse an Geschäften mit Vietnam zugenommen, besonders in Japan, Australien, Frankreich und Kana-



da, aber auch in der Bundesrepublik. Besonderes Interesse besteht an Investitionen in den Bereichen Öl, Tourismus, Nahrungsmittel, Elektronik, aber auch Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft.

Das erste Joint Venture im Bankengeschäft stammt aus der Bundesrepublik, die INDOYINA Bank. Die deutsch-indonesische SUMMA Handelsbank AG in Düsseldorf hat in Ho-Chi-Minh-Stadt ihre erste Niederlassung mit 10 Millionen US-Dollar Kapital eröffnet, woran die staatliche VIETCOMBANK mit 1 Million US-Dollar beteiligt ist.

Das Bankenunternehmen ist für zwei Jahre steuerfrei und für drei weitere Jahre steuerbegünstigt, selbst für die freie Repatriierung von Kapital. Es wird erwartet, daß die deutsch-indonesische Investition Pioniercharakter für andere ausländische Banken haben wird.

vgl. SOAA v. März, S. 150f



NACHRICHTEN

LAOS

Viel Perestroika, aber noch wenig Glasnost

Premierminister Kaysone Phomvihane, 68, propagiert persönlich die Kursänderung, „chin tanakan may“ (neues Denken) genannt, und klagt: „Auf vielen Gebieten ist Fortschritt noch sehr begrenzt, weil konservative Vorstellungen und alte Mechanismen die Kader bestimmen und ihre Fähigkeiten begrenzt sind.“

Auf dem vierten Parteikongreß der Pathet Lao Ende 1986 wurde ein politisches und wirtschaftliches Reformprogramm verabschiedet, das die Rückkehr zu privaten Wirtschaftsformen aus der Zeit vor 1975 bedeutet und das Monopol der Partei im Volkskongreß und auf der Provinz- und Distriktebene sowie in allen Bereichen der Administration aufhebt. Die Partei hat zum ersten Mal seit 1975 Mitte 1988 lokale und März 1989 nationale Wahlen durchgeführt.

Die meisten Beschränkungen in den Bereichen Reisen, Medien und Außenbeziehungen wurden aufgehoben. Fast alle politischen Gefangenen wurden aus den Umerziehungslagern im Norden und Süden des Landes entlassen, obwohl es laut Amnesty International im Dezember 1988 noch 185 politische Gefangene gab.

Hohe Funktionäre geben offen zu, daß sie den Aufbau eines laotischen Sozialismus an der Sowjetunion und Vietnam ausgerichtet und das Land seit 1975 in eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Stagnation geführt

haben. Offensichtlich wird die Umorientierung von einem neu erwachten Nationalismus mitbestimmt. Laos ist bei der UdSSR mit 970 Millionen US-Dollar verschuldet, und seit 1975 stehen vietnamesische Truppen im Land, augenblicklich noch 10-20.000 Soldaten.

Alle Betriebe sind angewiesen, auf „eigene Rechnung“ zu wirtschaften und sich nicht mehr auf die zentrale Wirtschaftsplanung zu verlassen. „Resolution Sechs“ des Reformprogramms sieht vor, daß alle 4.000 Kooperativen in der Landwirtschaft wieder in Familienwirtschaft zurückgeführt werden können. Staatsfarmen werden in Kooperativen umgeformt oder an private Unternehmen veräußert.

Die drastischen Strukturveränderungen haben viel Unsicherheit und in vielen Bereichen chaotische Verhältnisse herbeigeführt. Korruption und Spekulation sind eine Folge, eine andere neue Abhängigkeiten von ausländischen, vor allem thailändischen Wirtschaftsinteressen. Trotzdem hat sich die Versorgungslage bei Grundnahrungsmitteln und Gebrauchsgütern erheblich verbessert. Die Inflation von 100 % konnte 1988 auf 11 % heruntergedrückt werden. Der Mangel an Reis (für 1989 mit 225.000 t angegeben) ist teilweise auf eine langanhaltende Dürre zurückzuführen. Eine nachhaltige Wirkung auf die weitere Entwicklung wird von der allgemeinen Aufbruchstimmung im Lande erwartet.

vgl. FEER v. 16.2., S. 18ff; MDA v. 10.5., S. 7f; v. 30.5., S. 5-7

Einzug von Parteilosen in die Nationalversammlung

Ein Drittel der am 26.3. 1989 gewählten 79 Abgeordneten für den Volkskongreß stammt nicht aus der People's Revolutionary Party oder Pathet Lao. Nach den Provinz- und Distriktwahlen von 1988 fanden zum ersten Mal seit der Machtübernahme vom Dezember 1975 auch nationale Wahlen statt. Es wurden keine Oppositionsparteien zugelassen, wohl aber Kandidaten mit abweichenden Auffassungen und mit Unterstützung außerhalb der Partei. Es kamen jüngere und kompetentere Politiker und Wissenschaftler, aber auch im Ausland ausgebildete Technokraten und alte Interessensgruppen zum Zuge.

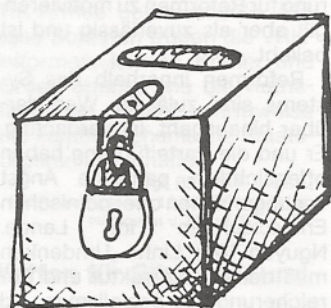
Die Hierarchie der Partei stellte sich jedoch nicht zur Wahl, paternalistisch auf ihre Verantwortung oder ängstlich auf Kontinuität und Stabilität der Verhältnisse bedacht. Premierminister Kaysone Phomvihane, 68: „Das Volk möchte, daß ich bleibe“, und der ergraute Präsident Phoumi Vongvichit aus der alten Pathet-Lao-Garde: „Es darf keine Unsicherheiten und Sprünge geben.“ Gewählt wurde auch Kaysones Frau Thonvin Phomvihane, die in der Hauptstadt Vientiane eine große Mehrheit erhielt. Sie vertritt den Flügel der Frauen in der Partei.

Eine weitreichende Aufgabe der Nationalversammlung ist die Erarbeitung einer Verfassung, d. h. die Festlegung der zukünftigen

gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung des Landes. Vor allem die Bestimmungen für Strukturveränderungen in der Wirtschaft bedürfen einer genaueren Festlegung und Interpretation aus einem Gesamtkonzept des laotischen Aufbruchs. Das bezieht sich auch auf ausländische Investitionen, die bisher nach den 1988 hastig verfaßten und an Vietnam ausgerichteten Investitionsgesetzen geregelt werden.

Bei einem Gegenbesuch in Thailand Anfang 1989 setzte sich Premierminister Kaysone mit der laotischen „Perestroika“ auseinander und wies auf die Schwierigkeiten hin, eine „neue Denkweise“ zu entwickeln und das Land damit aus einem „Staatskapitalismus mit leninistischen Grundzügen“ herauszuführen.

vgl. : FEER v. 16.2., S. 18ff.; v. 13.4., S. 32



Neue Materialien der SOA-Infostelle zu Birma:

Birma 1988

(Bibliographische Reihe d. SOA-Informationsstelle, H. 2)

64 im Archiv der Informationsstelle vorhandene und verschlagwortete Literaturtitel sind mit ihren bibliographischen Angaben alphabetisch aufgeführt. Alle Titel sind über einen Index der Schlagwörter inhaltlich zugänglich gemacht. Zusätzlich enthält die Broschüre den Länderbericht Birma aus dem Asia Yearbook 1989 (FEER) in dt. Übersetzung. Bibliographie: Birma 1988, 64 Titel, 32 Seiten, DM 5,-

DAWN NEWSLETTER

hrsg. von der All Burma Student's Democratic Front, Bangkok

Der Informationsdienst faßt aus Pressemeldungen und Berichten von Flüchtlingen Nachrichten über die Entwicklungen im Land zusammen. In der Informationsstelle vorhanden sind die Exemplare von Vol. 1, No. 2 (Feb. '89) bis Vol. 1, No. 8 (Mai '89). Wir bemühen uns darum, DAWN weiterhin zu beziehen. Die Bezugsadresse in Bangkok: "DAWN", P.O. Box 1352, GPO Bangkok 10500, Thailand

Cry from Shwedagon

Ton-Dia-Schau, 79 Dias, in Englisch
Ausgehend von der größten buddhistischen Pagode der Welt in Shwedagon erzählt die Ton-Dia-Schau die Geschichte Birmas, vor allem jene der Volkserhebung des Jahres 1988. Im Zentrum der Darstellung stehen die birmanischen Studenten, ihre Proteste, ihr Rückzug in die von Rebellen kontrollierten Grenzregionen und ihre dortige militärische Ausbildung.
"Cry from Shwedagon", Ausleihgebühr für 14 Tage DM 30,-